

Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen
Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

Band 289

Grenzüberschreitende Spaltung von Personengesellschaften

Von

Malte Gläßner



Duncker & Humblot · Berlin

MALTE GLÄSSNER

Grenzüberschreitende Spaltung
von Personengesellschaften

Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen
Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Professor Dr. Holger Fleischer, LL.M., Hamburg

Professor Dr. Jens Koch, Köln

Professor Dr. Hanno Merkt, LL.M., Freiburg

Professor Dr. Gerald Spindler †

Band 289

Grenzüberschreitende Spaltung von Personengesellschaften

Von

Malte Gläßner



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau
hat diese Arbeit im Jahr 2025 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Stiftung Familienunternehmen.



Alle Rechte vorbehalten
© 2026 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

ISSN 1614-7626
ISBN 978-3-428-19700-2 (Print)
ISBN 978-3-428-59700-0 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau im Sommersemester 2025 als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur befinden sich auf dem Stand von Juli 2025.

Größter Dank gebührt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Hanno Merkt, LL.M. (Univ. of Chicago) für die stetige Unterstützung und zugleich wissenschaftliche Freiheit bei der Erstellung der Arbeit. Dankbar bin ich darüber hinaus Herrn Professor Dr. Jan Lieder, LL.M. (Harvard) für die zeitnahe Erstellung des Zweitgutachtens und die anregende Diskussion im Rahmen des Rigorosums.

Für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe „Abhandlungen zum Deutschen und Europäischen Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht (AGK)“ danke ich den Herausgebern Herrn Professor Dr. Holger Fleischer, LL.M. (Univ. of Michigan), Herrn Professor Dr. Jens Koch und Herrn Professor Dr. Hanno Merkt, LL.M. (Univ. of Chicago) sowie dem Verlag Duncker & Humblot.

Der Landesgraduierten Förderung Baden-Württemberg danke ich für die finanzielle Unterstützung während der Erstellung dieser Arbeit. Großer Dank gilt zudem der Stiftung Familienunternehmen für die Aufnahme in ihr Doktorandenprogramm und die Förderung dieser Arbeit mit einem großzügigen Druckkostenzuschuss.

Im Verlauf der Entstehung dieser Arbeit haben mich eine Vielzahl von Menschen unterstützt. Besonderer Dank gebührt Herrn Dr. Maximilian Wirsén und Herrn Dr. Nicolas Hauschild, LL.M. (Harvard) für die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts sowie die stets anregenden Doktorandenseminare in Es Capdellà.

Schließlich gilt mein allergrößter Dank meinen Eltern Dr. Jürgen Gläßner (†) und Kerstin Gläßner für ihre vorbehaltlose Unterstützung über meinen gesamten Lebensweg hinweg. Nicht minder dankbar bin ich meiner Verlobten Lisa Marie Claßen, ohne deren liebevolle Unterstützung die Erstellung dieser Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Düsseldorf, im August 2025

Malte Gläßner

Inhaltsübersicht

Erstes Kapitel

Einleitung	29
A. Hinführung	29
B. Stand der Forschung	32
C. Gegenstand der Untersuchung	34
D. Gang der Untersuchung	35

Zweites Kapitel

Das kodifizierte Recht grenzüberschreitender Spaltungen	37
A. Grundlagen grenzüberschreitender Spaltungen	38
I. Charakteristika der grenzüberschreitenden Spaltung	39
II. <i>Numerus clausus</i> zulässiger Ausgestaltungsvarianten	43
III. Verfahrensablauf einer grenzüberschreitenden Spaltung	60
IV. Anwendungsfelder grenzüberschreitender Spaltungen	68
V. Betroffenheit von Stakeholdern	73
VI. Zwischenergebnis zu A.	77
B. Exkurs: Alternativgestaltungen in der Praxis	77
I. Alternativgestaltungen innerhalb des UmwG	78
II. (Erweitertes) Anwachsungsmodell	80
III. Asset Deal	82
IV. Zwischenergebnis zu B.	83

Drittes Kapitel

Primärrechtliches Fundament	85
A. Deutsche Personengesellschaften als Subjekte der Niederlassungsfreiheit	85
I. Kanon niederlassungsberechtigter Personengesellschaftsformen	86
II. Partielle Einschränkung durch das Erwerbszweckerfordernis	87
III. Notwendige Verknüpfung mit dem Recht eines Mitgliedsstaates	88

IV. Keine zusätzliche Begrenzung durch das Kriterium der Ansässigkeit	90
V. Zwischenergebnis zu A.	92
B. Primärrechtlicher Schutz grenzüberschreitender Gesellschaftsumwandlungen im Lichte der EuGH-Judikatur	93
I. Leitlinien der Entscheidungsanalyse	93
II. <i>SEVIC</i> -Entscheidung	98
III. <i>Cartesio</i> -Entscheidung	106
IV. <i>VALE</i> -Entscheidung	115
V. <i>Polbud</i> -Entscheidung	129
C. Herleitung einer Spaltungsfreiheit von Personengesellschaften im Binnenmarkt	138
I. Rechtsdogmatische Begründung	140
II. Umfang der Spaltungsfreiheit von Personengesellschaften	158
III. Begrenzungsmöglichkeiten der Mitgliedsstaaten	169
IV. Zwischenergebnis zu C.	173

Viertes Kapitel

Kollisionsrechtliche Beurteilung <i>de lege lata</i>	175
A. Kodifiziertes Kollisionsrecht grenzüberschreitender Spaltungen	176
I. Unionsrechtliche Vorgaben	177
II. Kollisionsrechtliche Elemente des UmwG	190
III. Zwischenergebnis zu A.	201
B. Koordinierung der beteiligten Anknüpfungssubjekte	202
I. Die Vereinigungstheorie als maßgebliche autonome Kollisionsnorm	202
II. Anwendung der Vereinigungstheorie auf primärrechtlich vermittelte grenzüberschreitende Spaltungen von Personengesellschaften	219
III. Zwischenergebnis zu B.	244
C. Bestimmung des Gesellschaftsstatuts der beteiligten Personengesellschaften	244
I. Ausgangslage vor Inkrafttreten des MoPeG	245
II. Kollisionsrechtlicher Gehalt des § 706 S. 2 BGB	251
III. Zwischenergebnis zu C.	256

Fünftes Kapitel

Sachrechtliche Beurteilung <i>de lege lata</i>	257
A. Sachrechtliche Zulässigkeit grenzüberschreitender Spaltungen von Personengesellschaften	257
I. Zulässigkeit grenzüberschreitender Spaltungen außerhalb der §§ 320 ff. UmwG	258

II. Kreis der beteiligungsfähigen Personengesellschaften	267
III. Personengesellschaftsspezifische Spaltungshindernisse	290
IV. Zulässigkeit typengemischter grenzüberschreitender Spaltungen	297
V. Zwischenergebnis zu A.	298
B. Kompensation des Normenmangels im deutschen Umwandlungsrecht	299
I. Sondierung der bestehenden Lösungsvorschläge	299
II. Analogiefähigkeit der §§ 320 ff. UmwG	304
III. Primärrechtskonformität der §§ 320 ff. UmwG	308
IV. Zwischenergebnis zu B.	310
C. Durchführung einer Hinausspaltung analog §§ 320–330, 332 UmwG	311
I. Hinausspaltung zur Neugründung	311
II. Hinausspaltung zur Aufnahme	351
III. Zwischenergebnis zu C.	357
D. Durchführung einer Hereinspaltung analog §§ 331 f. UmwG	358
I. Hereinspaltung zur Neugründung	358
II. Hereinspaltung zur Aufnahme	363
III. Zwischenergebnis zu D.	366

Sechstes Kapitel

Rechtspolitische Desiderate und Umsetzungsleitlinien <i>de lege ferenda</i>	368
A. Ausbau der GesR-RL	368
I. Erstreckung auf Personengesellschaften	368
II. Implementierung grenzüberschreitender Spaltungen zur Aufnahme	378
III. Zwischenergebnis zu A.	385
B. Erweiterung und Bereinigung des UmwG	385
I. Erstreckung auf Personengesellschaften	386
II. Komplementierung der grenzüberschreitenden Spaltung zur Aufnahme	395
III. Bereinigungen des UmwG	399
IV. Zwischenergebnis zu B.	402

Siebttes Kapitel

Fazit	404
A. Schlussbetrachtung	404
B. Zusammenfassung des wesentlichen Ertrags in Thesenform	405

Literaturverzeichnis	410
Sachwortverzeichnis	444

Inhaltsverzeichnis

Erstes Kapitel

Einleitung	29
A. Hinführung	29
B. Stand der Forschung	32
C. Gegenstand der Untersuchung	34
D. Gang der Untersuchung	35

Zweites Kapitel

Das kodifizierte Recht grenzüberschreitender Spaltungen	37
A. Grundlagen grenzüberschreitender Spaltungen	38
I. Charakteristika der grenzüberschreitenden Spaltung	39
1. Statutendivergenz	39
2. Kollisionsrechtliche Implikationen	40
3. Partielle Gesamtrechtsnachfolge	41
4. Gestaltungsfreiheit	42
5. Anteilsgewährungspflicht	43
II. <i>Numerus clausus</i> zulässiger Ausgestaltungsvarianten	43
1. Grenzüberschreitende Aufspaltung, Abspaltung und Ausgliederung	44
a) Grenzüberschreitende Aufspaltung	45
b) Grenzüberschreitende Abspaltung	45
c) Grenzüberschreitende Ausgliederung	46
d) Grenzüberschreitende Totalausgliederung	46
aa) Streitstand	47
bb) Stellungnahme	47
cc) Zwischenergebnis zu d)	50
2. Verhältniswahrende und nicht verhältniswahrende grenzüberschreitende Auf- und Abspaltung	51
a) Verhältniswahrende grenzüberschreitende Spaltung	51
b) Nicht verhältniswahrende grenzüberschreitende Spaltung	52
c) Grenzüberschreitende Auf- oder Abspaltung zu Null	53

3. Grenzüberschreitende Spaltungen zur Aufnahme und zur Neugründung	56
a) Grenzüberschreitende Spaltung zur Neugründung	56
b) Grenzüberschreitende Spaltung zur Aufnahme	56
4. Zulässige Mischformen einer grenzüberschreitenden Spaltung	58
a) Kombination einer grenzüberschreitenden Abspaltung und Ausgliederung bei Übertragung verschiedener Vermögensteile	58
b) Kombination einer grenzüberschreitenden Abspaltung und Ausgliederung bei Übertragung desselben Vermögensteils	59
c) Typengemischte grenzüberschreitende Spaltungen	60
III. Verfahrensablauf einer grenzüberschreitenden Spaltung	60
1. Verfahrensschritte einer Hinausspaltung	61
a) Hinausspaltung zur Neugründung	62
b) Hinausspaltung zur Aufnahme	65
2. Verfahrensschritte einer Hereinspaltung	67
a) Hereinspaltung zur Neugründung	67
b) Hereinspaltung zur Aufnahme	67
IV. Anwendungsfelder grenzüberschreitender Spaltungen	68
1. Konzernrestrukturierung	69
2. Carve-Outs	70
3. Grenzüberschreitende Standortwahl	72
V. Betroffenheit von Stakeholdern	73
1. (Minderheits-)Gesellschafter	74
2. Gläubiger	75
3. Arbeitnehmer	76
VI. Zwischenergebnis zu A.	77
B. Exkurs: Alternativgestaltungen in der Praxis	77
I. Alternativgestaltungen innerhalb des UmwG	78
II. (Erweitertes) Anwachungsmodell	80
III. Asset Deal	82
IV. Zwischenergebnis zu B.	83

Drittes Kapitel

Primärrechtliches Fundament 85

A. Deutsche Personengesellschaften als Subjekte der Niederlassungsfreiheit	85
I. Kanon niederlassungsberechtigter Personengesellschaftsformen	86
II. Partielle Einschränkung durch das Erwerbszweckerfordernis	87
III. Notwendige Verknüpfung mit dem Recht eines Mitgliedsstaates	88
IV. Keine zusätzliche Begrenzung durch das Kriterium der Ansässigkeit	90

V. Zwischenergebnis zu A.	92
B. Primärrechtlicher Schutz grenzüberschreitender Gesellschaftsumwandlungen im Lichte der EuGH-Judikatur	93
I. Leitlinien der Entscheidungsanalyse	93
1. Terminologische Klarstellungen	94
2. Tradiertes Verständnis des Niederlassungsbegriffs	95
3. Die Niederlassungsfreiheit als umfassendes Beschränkungsverbot	97
II. <i>SEVIC</i> -Entscheidung	98
1. Sachverhalt	98
2. Entscheidungsanalyse	99
a) Eröffnung des Schutzbereichs	99
aa) Persönlicher Schutzbereich	100
bb) Sachlicher Schutzbereich	101
b) Beschränkung des Schutzbereichs	104
c) Rechtfertigung der Beschränkung	105
d) Beantwortung der Vorlagefrage	106
III. <i>Cartesio</i> -Entscheidung	106
1. Sachverhalt	107
2. Entscheidungsanalyse	108
a) <i>Obiter dictum</i> zum grenzüberschreitenden Formwechsel	109
aa) Eröffnung des Schutzbereichs	110
bb) Beschränkung des Schutzbereichs	111
b) <i>Obiter dictum</i> zur Einordnung von <i>SEVIC</i>	112
c) Beteiligung einer Kommanditgesellschaft ungarischen Rechts	113
IV. <i>VALE</i> -Entscheidung	115
1. Sachverhalt	116
2. Entscheidungsanalyse	117
a) Eröffnung des Schutzbereichs	117
aa) Persönlicher Schutzbereich	118
bb) Sachlicher Schutzbereich	120
cc) Einschub zum tradierten Niederlassungsbegriff	120
b) Beschränkung des Schutzbereichs	122
c) Rechtfertigung der Beschränkung	123
d) Hinweise zum Verfahren eines grenzüberschreitenden (Herein-)Formwechsels	124
aa) Kollisionsrechtlicher Gehalt	124
bb) Berücksichtigung der Geschöpftheorie	125
(1) Äquivalenzgrundsatz	126
(2) Effektivitätsgrundsatz	127

V. <i>Polbud</i> -Entscheidung	129
1. Sachverhalt	129
2. Entscheidungsanalyse	130
a) Eröffnung des Schutzbereichs	131
aa) Persönlicher Schutzbereich	131
bb) Sachlicher Schutzbereich	132
(1) Faktische Abkehr vom tradierten Niederlassungsbegriff	133
(2) Rückbesinnung auf Art. 49 Abs. 2 AEUV	135
(3) Zwischenergebnis zu bb)	136
b) Beschränkung des Schutzbereichs	137
c) Rechtfertigung der Beschränkung	137
C. Herleitung einer Spaltungsfreiheit von Personengesellschaften im Binnenmarkt	138
I. Rechtsdogmatische Begründung	140
1. Begründungsansätze in der Literatur	141
2. Gewandeltes Niederlassungsverständnis im Kontext grenzüberschreitender Gesellschaftsumwandlungen	142
a) Wechselseitiger Schutz der beteiligten Grundfreiheitssubjekte	142
b) Partielle Abkehr vom tradierten Niederlassungsbegriff (nur) im Rahmen von Gesellschaftsgründungen	143
c) Zwischenergebnis zu 2.	145
3. Einordnung der grenzüberschreitenden Spaltung	145
a) Grenzüberschreitende Spaltung zur Neugründung	145
aa) Übernehmende Gesellschaft	146
bb) Übertragende Gesellschaft	147
(1) Ausgliederung zur Neugründung	147
(2) Abspaltung zur Neugründung	148
(3) Aufspaltung zur Neugründung	150
cc) Zwischenergebnis zu a)	151
b) Grenzüberschreitende Spaltung zur Aufnahme	151
aa) Übernehmende Gesellschaft	152
(1) Gründung unselbstständiger Zweitniederlassungen im Übertragungsstaat	152
(2) Erfordernis einer Differenzierung nach dem Belegenheitsort des übertragenen Vermögens(-teils)	153
(3) Vereinbarkeit mit SEVIC und Cartesio	154
bb) Übertragende Gesellschaft	154
(1) Ausgliederung zur Aufnahme	155
(2) Abspaltung und Aufspaltung zur Aufnahme	156
cc) Zwischenergebnis zu b)	157
4. Zwischenergebnis zu I.	158

II. Umfang der Spaltungsfreiheit von Personengesellschaften	158
1. Einordnung als Diskriminierungs- oder Beschränkungsverbot	158
a) Streitstand	159
b) Stellungnahme	160
c) Zwischenergebnis zu 1.	165
2. Keine Sperrwirkung durch ErWG (8) Mobilitäts-RL	165
a) Streitstand	166
b) Stellungnahme	166
c) Zwischenergebnis zu 2.	168
3. Zwischenergebnis zu II.	168
III. Begrenzungsmöglichkeiten der Mitgliedsstaaten	169
1. (Partieller) Ausschluss grenzüberschreitender Spaltungen	169
2. Verfahrensvorschriften zum Schutz der Stakeholder	171
3. Gründungsvorschriften der übernehmenden Gesellschaft bei grenzüberschreitenden Spaltungen zur Neugründung	172
4. Zwischenergebnis zu III.	173
IV. Zwischenergebnis zu C.	173

Viertes Kapitel

Kollisionsrechtliche Beurteilung <i>de lege lata</i>	175
A. Kodifiziertes Kollisionsrecht grenzüberschreitender Spaltungen	176
I. Unionsrechtliche Vorgaben	177
1. Art. 49, 54 AEUV	177
a) Koordinierung der beteiligten Gesellschaftsstatute	177
aa) Umfang des Verweises auf die „nationalen Rechtsordnungen“	178
bb) Bedeutung der „sukzessiven Anwendung“	178
b) Zuordnung einzelner Verfahrenshandlungen und Formalitäten	179
c) Übertragbarkeit der Vorgaben auf grenzüberschreitende Spaltungen	180
d) Zwischenergebnis zu 1.	181
2. Rom I-VO	181
a) Autonomer Vertragsbegriff im Sinne des Art. 1 Abs. 1 S. 1 Rom I-VO	182
b) Gesellschaftsrechtliche Bereichsausnahme des Art. 1 Abs. 2 lit. f Rom I-VO	182
c) Zwischenergebnis zu 2.	185
3. Art. 160a ff. GesR-RL	185
a) Art. 160c GesR-RL	186
b) Art. 160i Abs. 5 Hs. 1 GesR-RL	187
c) Art. 160q S. 1 GesR-RL	188
d) Art. 160r Abs. 5 GesR-RL	189

e) Zwischenergebnis zu 3.	190
II. Kollisionsrechtliche Elemente des UmwG	190
1. Kollisionsrechtlicher Gehalt des § 1 Abs. 1 UmwG	191
a) Streitstand	192
b) Stellungnahme	193
c) Zwischenergebnis zu 1.	196
2. Kollisionsrechtlicher Gehalt der §§ 320 ff. UmwG	196
a) Umsetzung von Art. 160c GesR-RL	196
b) Umsetzung von Art. 160i Abs. 5 Hs. 1 GesR-RL	197
c) Umsetzung von Art. 160q S. 1 GesR-RL	198
aa) Streitstand	199
bb) Stellungnahme	199
cc) Zwischenergebnis zu c)	201
d) Zwischenergebnis zu 2.	201
III. Zwischenergebnis zu A.	201
B. Koordinierung der beteiligten Anknüpfungssubjekte	202
I. Die Vereinigungstheorie als maßgebliche autonome Kollisionsnorm	202
1. Grundlagen der Vereinigungstheorie	203
a) Distributive und kumulative Rechtsanwendung	204
b) Auflösung von Normkonflikten	205
aa) Grundsatz der Normstrenge	205
bb) Anpassung	207
cc) Substitution	207
2. Beschluss des österreichischen OGH vom 20. März 2003	208
a) Relevanz der Entscheidung für das deutsche Gesellschaftskollisionsrecht	209
b) Sachverhalt	210
c) Entscheidungsanalyse	210
d) Zwischenergebnis zu 1.	214
3. Primärrechtskonformität der Vereinigungstheorie	214
a) Vereinbarkeit mit den positiven Vorgaben des EuGH	214
b) Vereinbarkeit mit dem allgemeinen Beschränkungsvorbehalt	215
aa) Kumulative Anwendung der Gesellschaftsstatute	216
bb) Grundsatz der Normstrenge	217
c) Zwischenergebnis zu 2.	218
4. Zwischenergebnis zu I.	218
II. Anwendung der Vereinigungstheorie auf primärrechtlich vermittelte grenzüberschreitende Spaltungen von Personengesellschaften	219
1. Anknüpfung der Spaltungsvoraussetzungen	219
a) Zulässigkeit des Rechtsinstituts und seiner Ausgestaltungsvarianten	220
b) Aktive und passive Spaltungsfähigkeit der beteiligten Rechtsträger	221

2. Anknüpfung des Spaltungsverfahrens	222
a) Spaltung zur Aufnahme	223
aa) Spaltungsplan	223
(1) Mindestangaben	224
(2) Form	225
(3) Sprache	227
bb) Spaltungsbericht, Spaltungsprüfung und Spaltungsprüfungsbericht	228
cc) Innergesellschaftliche Willensbildung	228
dd) Registerverfahren	229
ee) Schutz der betroffenen Stakeholder	230
(1) (Minderheits-)Gesellschafter	230
(2) Gläubiger	231
(3) Arbeitnehmer	232
b) Spaltung zur Neugründung	233
c) Konzern erleichterungen	235
3. Anknüpfung der Spaltungswirkungen	235
a) Vermögensübertragung	236
aa) Vermögensbelegenheit in Drittstaaten	237
bb) Kollisionsrechtliche Vertragskontinuität	239
b) Anteilsübertragung	241
c) Bestandsschutz	241
d) Wirksamkeitszeitpunkt	242
III. Zwischenergebnis zu B.	244
C. Bestimmung des Gesellschaftsstatuts der beteiligten Personengesellschaften	244
I. Ausgangslage vor Inkrafttreten des MoPeG	245
1. Sitztheorie <i>versus</i> Gründungstheorie	245
2. Primärrechtliche Überformung	248
3. Zwischenergebnis zu I.	250
II. Kollisionsrechtlicher Gehalt des § 706 S. 2 BGB	251
1. Streitstand	252
2. Stellungnahme	253
3. Zwischenergebnis zu II.	255
III. Zwischenergebnis zu C.	256

*Fünftes Kapitel***Sachrechtliche Beurteilung *de lege lata***

257

A. Sachrechtliche Zulässigkeit grenzüberschreitender Spaltungen von Personengesellschaften	257
I. Zulässigkeit grenzüberschreitender Spaltungen außerhalb der §§ 320 ff. UmwG	258
1. Sachrechtlicher Verbotscharakter des § 1 Abs. 1 UmwG	258
a) Streitstand	259
b) Stellungnahme	260
c) Zwischenergebnis zu 1.	263
2. Primärrechtliche Überlagerung durch Art. 49, 54 AEUV	263
a) Primärrechtswidrigkeit des § 1 Abs. 1 UmwG	263
b) Überwindung im Wege europarechtskonformer Auslegung	265
c) Zwischenergebnis zu 2.	266
3. Zwischenergebnis zu I.	266
II. Kreis der beteiligungsfähigen Personengesellschaften	267
1. Aktive Spaltungsfähigkeit deutscher Personengesellschaften	267
a) Begrenzung auf eingetragene Personengesellschaften	267
aa) Analogievoraussetzungen	268
bb) Primärrechtskonformität	269
(1) Schutz der Gläubiger	270
(2) Ermöglichung eines formalen Registerverfahrens	271
cc) Zwischenergebnis zu a)	272
b) Partieller Ausschluss in Auflösung befindlicher Personengesellschaften	273
aa) Analogievoraussetzungen	274
bb) Primärrechtskonformität	275
cc) Zwischenergebnis zu b)	276
c) Keine Begrenzung auf mitbestimmungsfreie Personengesellschaften	276
aa) Analogievoraussetzungen	277
bb) Primärrechtskonformität	279
cc) Zwischenergebnis zu c)	280
2. Passive Spaltungsfähigkeit von Personengesellschaften anderer Mitgliedsstaaten	281
a) Keine Begrenzung auf eingetragene Personengesellschaften	281
aa) Substitutionsvoraussetzungen	282
bb) Primärrechtskonformität	283
cc) Zwischenergebnis zu a)	285
b) Ausschluss in Auflösung befindlicher übernehmender Personengesellschaften	286

c) Partieller Ausschluss in Auflösung befindlicher übertragender Personengesellschaften	286
aa) Substitutionsvoraussetzungen	287
bb) Primärrechtskonformität	287
cc) Zwischenergebnis zu c)	288
d) Keine Begrenzung auf mitbestimmungsfreie Personengesellschaften	288
3. Zwischenergebnis zu II.	289
III. Personengesellschaftsspezifische Spaltungshindernisse	290
1. Prinzip der Mehrgliedrigkeit	290
a) Streitstand	291
b) Stellungnahme	292
c) Zwischenergebnis zu I.	293
2. Verbot der Mehrfachbeteiligung	294
3. Berufsträgerpflicht der PartG	296
4. Zwischenergebnis zu III.	297
IV. Zulässigkeit typengemischter grenzüberschreitender Spaltungen	297
V. Zwischenergebnis zu A.	298
B. Kompensation des Normenmangels im deutschen Umwandlungsrecht	299
I. Sondierung der bestehenden Lösungsvorschläge	299
1. Anwendung europäischer Sekundärrechtsakte	300
2. Isolierte Anwendung der §§ 123 ff. UmwG	301
3. Ergänzende Anwendung der §§ 123 ff., 320 ff. UmwG	302
4. Isolierte Anwendung der §§ 320 ff. UmwG	303
II. Analogiefähigkeit der §§ 320 ff. UmwG	304
1. Planwidrigkeit der Regelungslücke	304
a) Bewusste versus unbewusste Gesetzeslücken	304
b) Historisches Verständnis des UmRUG-Gesetzgebers	305
c) Zwischenergebnis zu I.	307
2. Vergleichbarkeit der Interessenlage	307
III. Primärrechtskonformität der §§ 320 ff. UmwG	308
1. Instrumente des Stakeholder-Schutzes	309
2. Missbrauchsvermutung im Sinne des § 316 Abs. 3 Nr. 2, 3 UmwG	309
IV. Zwischenergebnis zu B.	310
C. Durchführung einer Hinausspaltung analog §§ 320–330, 332 UmwG	311
I. Hinausspaltung zur Neugründung	311
1. Spaltungsplan	311
a) Mindestinhalt	312
aa) Allgemeine Vorgaben	312
bb) Personengesellschaftsspezifische Vorgaben	316
b) Form	318

c) Sprache	321
d) Zugänglichmachung	322
2. Spaltungsbericht	324
a) Mindestinhalt	324
b) Entbehrlichkeit	324
c) Zugänglichmachung	326
3. Spaltungsprüfung	327
a) Mindestinhalt	327
b) Entbehrlichkeit	327
c) Zugänglichmachung	328
4. Zustimmungsbeschluss	328
a) Beschlussfassung	329
b) Besondere Zustimmungserfordernisse	331
5. Registerverfahren	333
a) Registergerichtliche Prüfung	333
b) Spaltungsbescheinigung	335
c) Eintragung und Wirksamkeitszeitpunkt	337
6. Schutz der (Minderheits-)Gesellschafter	338
a) Austrittsrecht gegen Barabfindung	339
b) Besondere Widerspruchsrechte	342
c) Nachhaftungsbegrenzung	344
d) Rechtsschutz	345
7. Schutz der Gläubiger	346
a) Personengesellschaftsspezifische Erfüllungsgefährdung	346
b) Gesamtschuldnerische Haftung	347
8. Schutz der Arbeitnehmer	348
a) Individualarbeitsrecht	348
b) Unternehmerische Mitbestimmung	349
II. Hinausspaltung zur Aufnahme	351
1. Spaltungsplan	351
2. Spaltungsbericht	353
3. Spaltungsprüfung	353
4. Zustimmungsbeschluss	354
5. Registerverfahren	354
6. Schutz der Stakeholder	355
7. Konzern erleichterungen	355
III. Zwischenergebnis zu C.	357

D. Durchführung einer Hereinspaltung analog §§ 331 f. UmwG	358
I. Hereinspaltung zur Neugründung	358
1. Registerverfahren	359
a) Registergerichtliche Prüfung	360
b) Eintragung und Wirksamkeitszeitpunkt	361
2. Schutz der Stakeholder	362
II. Hereinspaltung zur Aufnahme	363
1. Registerverfahren	364
a) Registergerichtliche Prüfung	364
b) Eintragung und Wirksamkeitszeitpunkt	365
2. Schutz der Stakeholder	365
III. Zwischenergebnis zu D.	366

Sechstes Kapitel

Rechtspolitische Desiderate und Umsetzungsleitlinien <i>de lege ferenda</i>	368
A. Ausbau der GesR-RL	368
I. Erstreckung auf Personengesellschaften	368
1. Rechtspolitische Einordnung	369
a) Personengesellschaftsbeteiligung seit Implementierung der IntV-RL	370
b) Harmonisierungsgrad im europäischen Personengesellschaftsrecht	372
c) Volkswirtschaftliche Relevanz von Personengesellschaften für den Binnenmarkt	373
2. Umsetzungsleitlinien	375
a) Erweiterung der spaltungsfähigen Gesellschaftsformen	375
b) Stakeholder-Schutzinstrumente	376
3. Zwischenergebnis zu I.	378
II. Implementierung grenzüberschreitender Spaltungen zur Aufnahme	378
1. Rechtspolitische Einordnung	379
a) Komplexität grenzüberschreitender Spaltungen zur Aufnahme	379
b) Erhöhte Missbrauchsrisiken	380
2. Umsetzungsleitlinien	381
a) Erweiterung des Anwendungsbereichs	381
b) Kollisionsrechtliche Aspekte	382
c) Verfahrensablauf	382
d) Stakeholder-Schutzinstrumente	383
3. Zwischenergebnis zu II.	384
III. Zwischenergebnis zu A.	385

B. Erweiterung und Bereinigung des UmwG	385
I. Erstreckung auf Personengesellschaften	386
1. Rechtspolitische Einordnung	386
a) Fehlende unionale Harmonisierung	387
b) Volkswirtschaftliche Relevanz von Personengesellschaften für Deutschland	388
2. Umsetzungsleitlinien	390
a) Erweiterung der spaltungsfähigen Gesellschaftsformen	390
b) Implementierung der personengesellschaftsspezifischen §§ 39 ff. UmwG	391
c) Stakeholder-Schutzinstrumente	392
aa) Schutz der Arbeitnehmer	392
bb) Schutz sonstiger Stakeholder	394
3. Zwischenergebnis zu I.	394
II. Komplementierung der grenzüberschreitenden Spaltung zur Aufnahme	395
1. Rechtspolitische Einordnung	395
a) Primärrechtswidrigkeit des § 332 S. 1 UmwG	396
b) Lücken des Mitbestimmungsschutzkonzepts de lege lata	397
2. Umsetzungsleitlinien	398
3. Zwischenergebnis zu II.	398
III. Bereinigungen des UmwG	399
1. Modifizierung von § 1 Abs. 1 UmwG	399
a) Klarstellung des Inlandssitzerfordernisses	399
b) Ergänzung umwandlungsfähiger Gesellschaften anderer Mitgliedsstaaten	400
2. (Teil-)Kodifizierung des Kollisionsrechts grenzüberschreitender Spaltungen	400
a) Schaffung einer Kollisionsnorm grenzüberschreitender Spaltungen	401
b) Umsetzung der kollisionsrechtlichen Vorgaben der Art. 160a ff. GesR-RL	401
3. Zwischenergebnis zu III.	402
IV. Zwischenergebnis zu B.	402

Siebttes Kapitel

Fazit	404
A. Schlussbetrachtung	404
B. Zusammenfassung des wesentlichen Ertrags in Thesenform	405
Literaturverzeichnis	410
Sachwortverzeichnis	444

Abkürzungsverzeichnis

2. UmwG-ÄndG	Zweites Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes
4. UmwG-ÄndG	Viertes Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes
a. A.	andere Ansicht
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
Abwicklungs-RL	Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
AG	Amtsgericht
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AIFM-RL	Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Bilanz-RL	Richtlinie über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen
BNotK	Bundesnotarkammer
BRIS	Business Registers Interconnection System
Brüssel I-VO	Übereinkommen von Brüssel von 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen

Brüssel Ia-VO	Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
bt.	betéti társaság (ungarische KG)
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BWNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg
CMLR	Common Market Law Review
Co.	Compagnie
DAV	Deutscher Anwaltsverein
DB	Der Betrieb
Digitalisierungs-RL	Richtlinie im Hinblick auf den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht
Digitalisierungs-RL II	Richtlinie zur Ausweitung und Optimierung des Einsatzes digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht
DK	Der Konzern
DNotI	Deutsches Notarinstitut
DNotV	Deutscher Notarverein
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DrittelbG	Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat
DStR	Deutsches Steuerrecht
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
ECFR	European Company and Financial Law Review
ECL	European Company Law
EACLE	European Company Law Experts
ECLI	European Case Law Identifier
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGBGB-RefE	Referentenentwurf für ein Gesetz zum Internationalen Privatrecht der Gesellschaften, Vereine und juristischen Personen
eGbR	eingetragene Gesellschaft bürgerlichen Rechts
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVÜ	Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht

EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWIV-AG	Gesetz zur Ausführung der EWG-Verordnung über die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWIV-VO	Verordnung über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWR-Abkommen	Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f./ff.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FG	Finanzgericht
FGPraxis	Praxis der Freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote(n)
FS	Festschrift
Fusions-RL	Richtlinie über das gemeinsame Steuersystem für Fusionen, Spaltungen, die Einbringung von Unternehmensteilen und den Austausch von Anteilen
GA	Generalanwalt
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GesR	Gesellschaftsrecht
GesR-RL	Gesellschaftsrechtsrichtlinie
GesRZ	Der Gesellschafter
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GmbH-StB	GmbH-Steuerberater
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRUR-RS	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Gedächtnisschrift
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HGB	Handelsgesetzbuch
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
i. d. F.	in der Fassung
i. E.	im Ergebnis
IntGesR	Internationales Gesellschaftsrecht
IPR	Internationales Privatrecht
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts
i. S. d.	im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
IntV-RL	Richtlinie über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IStR	Internationales Steuerrecht

IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	JuristenZeitung
kft.	korlátolt felelősségű társaság (ungarische GmbH)
KG	Kammergericht Berlin
KG	Kommanditgesellschaft
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KomE	Entwurf der Europäischen Kommission
KStG	Körperschaftsteuergesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
lit.	littera(e)
LLP	Limited Liability Partnership (britische/irische/zypriotische haftungsbeschränkte Personengesellschaft)
LP	Limited Partnership (britische/irische/zypriotische Kommanditgesellschaft)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MgFSG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei grenzüberschreitendem Formwechsel und grenzüberschreitender Spaltung
MgVG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer
Mobilitäts-RL	Richtlinie in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MoPeG	Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NJOZ	Neue Juristische Online Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (vormals Juristische Wochenschrift)
NJW-RR	Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
notar	Monatsschrift für die gesamte notarielle Praxis
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
Nr.	Nummer(n)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
Österreichischer OGH	Österreichischer Oberster Gerichtshof
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PartG	Partnerschaftsgesellschaft
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
PersG	Personengesellschaft
PersGesR	Personengesellschaftsrecht

RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (vormals Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht)
RefE	Referentenentwurf
RegE	Gesetzesentwurf der Bundesregierung
Rev. soc.	Revue des Sociétés (französische Zeitschrift)
RG	Reichsgericht
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer(n)
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rom I-VO	Verordnung über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
Rom II-VO	Verordnung über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht
RPDA	Revue pratique de droit des affaires (französische Zeitschrift)
Rpflieger	Der Deutsche Rechtspfleger
Rs.	Rechtssache
S.	Seite(n)
S.A.	Société Anonyme (französische/luxemburgische AG)
S.à r.l.	Société à responsabilité limitée (französische/luxemburgische GmbH)
SE	Societas Europaea
SE-AG	Gesetz zur Ausführung der Verordnung über das Statut der Europäischen Gesellschaft
Sec.	Section(s)
SE-VO	Verordnung über das Statut der Europäischen Gesellschaft
sog.	sogenannte(s)
Spaltungs-RL	Richtlinie betreffend die Spaltung von Aktiengesellschaften
SpruchG	Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren
sp. z o.o.	Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością (polnische GmbH)
Srl	Società a responsabilità limitata (italienische GmbH)
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
UAbs.	Unterabsatz
UmRUG	Gesetz zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie
UmwBerG	Gesetz zur Bereinigung des Umwandlungsrechts
UmwG	Umwandlungsgesetz
UmwStG	Umwandlungssteuergesetz
UmwStG-ÄndG	Gesetz zur Änderung des Umwandlungssteuerrechts
v.	vom/von
Var.	Variante
Verf.	Verfasser
VerfO-EuGH	Verfahrensordnung des Gerichtshofs der Europäischen Union
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
wbl	wirtschaftsrechtliche blätter (österreichische Zeitschrift)
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung
WM	Wertpapiermitteilungen

WuB	Entscheidungsanmerkungen zum Wirtschafts- und Bankrecht
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, Int. Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
Zweigniederlassungs-RL	Richtlinie über die Offenlegung von Zweigniederlassungen

Hinsichtlich sonstiger verwendeter Abkürzungen wird verwiesen auf *E. Böttcher*, in: Kirchner (Begr.), Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 11. Aufl., Berlin 2025.

Erstes Kapitel

Einleitung

A. Hinführung

„Die Personengesellschaft ist das Stiefkind des europäischen Gesellschaftsrechts.“¹

Mit dieser einprägsamen Formulierung resümierte Schön jüngst den derzeitigen Entwicklungsstand des europäischen Personengesellschaftsrechts. Denn obgleich das europäische Gesellschaftsrecht in den vergangenen Jahrzehnten einen erheblichen Harmonisierungsschub² durch eine Vielzahl europäischer Rechtsakte erfahren hat und durch wegweisende Judikate des EuGH³ fortentwickelt wurde, blieb eine Berücksichtigung von Personengesellschaften in weiten Teilen außen vor.⁴ Zwar wurde mit der EWIV⁵ früh eine supranationale Personengesellschaftsform etabliert, allerdings steht diese seitdem als „personengesellschaftsrechtlicher Solitär“⁶ im europäischen Normengefüge da und fristet ein Schattendasein in der tatsächlichen

¹ Schön, ZHR 187 (2023), 123, 124.

² Vgl. Merkt, in: FS Blaurock, S. 311, 313: „Rechtsgebiet [...] in dem die europäische Rechtsharmonisierung und -vereinheitlichung am intensivsten und am flächendeckendsten gearbeitet hat“. Für Übersichten zur erfolgten Harmonisierung siehe Grundmann, Europäisches Gesellschaftsrecht, § 4; Habersack/Verse, Europäisches Gesellschaftsrecht, § 4; Jung/Stiegler, in: Gesellschaftsrecht in Europa, § 18 Rn. 1 ff., 69 ff.; Lutter/Bayer/J. Schmidt, Europäisches Unternehmens- und Kapitalmarktrecht, Rn. 9.1 ff.

³ Zur Entwicklung der EuGH-Judikatur im Kontext grenzüberschreitender Gesellschaftsmobilität siehe Habersack/Verse, Europäisches Gesellschaftsrecht, § 3 Rn. 12 ff.; Lutter/Bayer/J. Schmidt, Europäisches Unternehmens- und Kapitalmarktrecht, Rn. 7.13 ff.; Stiegler, in: Gesellschaftsrecht in Europa, § 10 Rn. 32 ff., 47 ff.

⁴ Vgl. hierzu Merkt, in: FS Blaurock, S. 311, 323 („weißen Flecken auf der Landkarte des europäischen Gesellschaftsrechts“); Zwirlein-Forschner, in: Unternehmensmobilität im EU-Binnenmarkt, S. 195, 197 („terra incognita“); ferner Grundmann, Europäisches Gesellschaftsrecht, § 1 Rn. 12, § 31 Rn. 1155; Jung/Stiegler, in: Gesellschaftsrecht in Europa, § 18 Rn. 59 f.; Kalss, EuZW 2015, 252, 253; Kiem, ZHR 180 (2016), 289, 302; Prinz, DB 2022, M4 f.; Teichmann, in: Europäisches Privat- und Unternehmensrecht, § 10 Rn. 9 ff.

⁵ VO (EWG) Nr. 2137/85 des Rates vom 25. Juli 1985 über die Schaffung einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung, ABl. EG L 199/1 v. 31.7.1985 (EWIV-VO); umgesetzt durch das Gesetz zur Ausführung der EWG-Verordnung über die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung vom 14. April 1988, BGBl. 1988 I, S. 514 ff. (EWIV-AG).

⁶ Fleischer, in: Personengesellschaften im Rechtsvergleich, § 1 Rn. 3.

Rechtspraxis.⁷ Die übrigen Harmonisierungsbestrebungen des unionalen Gesetzgebers begrenzen bereits ihren persönlichen Anwendungsbereich in aller Regel auf Kapitalgesellschaften.⁸ Spiegelbildlich hierzu beschränkt sich die EuGH-Judikatur im Personengesellschaftsrecht auf *Cartesio*⁹ und *Friz*¹⁰, wobei letztere Entscheidung maßgeblich durch Verbraucherschutzrecht geprägt war und keine genuin gesellschaftsrechtliche Entscheidung verkörpert.¹¹

Dieses augenscheinliche Ungleichgewicht gipfelte in der jüngsten Entscheidung des unionalen Gesetzgebers, Personengesellschaften von der überfälligen¹² Harmonisierung grenzüberschreitender Umwandlungsvorgänge im Binnenmarkt durch die Mobilitäts-RL¹³ auszuschließen. In Anknüpfung an die vorausgegangene IntV-RL¹⁴ wurde der persönliche Anwendungsbereich der Richtlinie stattdessen erneut¹⁵

⁷ Stand 17. 11. 2020 gab es in Deutschland lediglich 456 eingetragene EWIV, während es in der Europäischen Union insgesamt 2206 (abzgl. derer des Vereinigten Königreichs sogar nur 1945) eingetragene EWIV gab, siehe LIBERTAS, EWIV-Statistik des Europäischen EWIV-Informationszentrums (abrufbar unter: <https://www.libertas-institut.com/wp-content/uploads/2020/11/ewiv-statistik.pdf>). Zur geringen Akzeptanz dieser supranationalen Rechtsform in der Rechtspraxis siehe *Merkt*, in: FS Blaurock, S. 311, 319 f.; ferner jüngst *Ulrich*, GmbHR 2019, R22 f.

⁸ Zum geringen Harmonisierungsgrad im europäischen Personengesellschaftsrecht siehe S. 372 f.

⁹ EuGH – Rs. C-210/06 (*Cartesio*), ECLI:EU:C:2008:723.

¹⁰ EuGH – Rs. C-215/08 (*Friz*), ECLI:EU:C:2010:186.

¹¹ Vgl. *Kalss*, EuZW 2015, 252, 253; *Schön*, ZHR 187 (2023), 123, 124 Fn. 2. Gleichwohl ist die Entscheidung nicht gänzlich frei von Auswirkungen auf das europäische Gesellschaftsrecht, wie ein Seitenblick auf die Auslegung der mitgliedstaatlichen Gründungsvorschriften i. S. d. Art. 54 Abs. 1 AEUV zeigt, siehe hierzu Fn. 364.

¹² Vgl. nur die frühen Forderungen von *Behrens*, ZGR 1994, 1, 22 f.; *Herzig/Förster*, BB 1992, 1251, 1259; *Lutter*, ZGR 1992, 435, 449; *Siems*, EuZW 2006, 135, 139; ferner die übereinstimmenden Ergebnisse sämtlicher Studien auf unionaler Ebene, *Biermeyer*, Study on the application of the Cross-Border Mergers Directive, S. 10, 104 a.E.; *J. Schmidt*, Cross-border mergers and divisions, transfers of seat: Is there a need to legislate?, PE 556.960, S. 27; *Truli*, Ex-post analysis of the EU framework in the area of cross-border mergers and divisions, PE 593.796, S. 61 f.

¹³ Richtlinie (EU) 2019/2121 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 zur Änderung der RL (EU) 2017/1132 in Bezug auf grenzüberschreitende Umwandlungen, Verschmelzungen und Spaltungen, ABl. EU L 321/1 v. 12. 12. 2019 (Mobilitäts-RL); aufgegangen in Richtlinie (EU) 2017/1132 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts, ABl. EU L 169/46 v. 30. 6. 2017 (GesR-RL). Zum Gesetzgebungsverfahren siehe *Gocha*, Die grenzüberschreitende Spaltung von Kapitalgesellschaften, S. 118 ff.; *Kraft/Redenius-Hövermann*, in: MHDb GesR VIII, § 30 Rn. 4 ff.; *Schollmeyer*, in: Unternehmensmobilität im EU-Binnenmarkt, S. 31, 32 ff.

¹⁴ Richtlinie 2005/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 26. Oktober 2005 über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten, ABl. EU L 310/1 v. 25. 11. 2005 (IntV-RL); umgesetzt durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Umwandlungsgesetzes v. 19. April 2007, BGBl. 2007 I, S. 542 ff. (2. UmwG-ÄndG). Zum

auf Kapitalgesellschaften begrenzt,¹⁶ wodurch Personengesellschaften insbesondere der Zugang zu dem „politisch ehrgeizigsten und rechtlich anspruchsvollsten Teil“¹⁷ des Harmonisierungsprojektes, der grenzüberschreitenden Spaltung, versperrt wurde.¹⁸ Auch der nationale (Umsetzungs-)Gesetzgeber sah sich zur Behebung dieses Mobilitätsdefizits nicht veranlasst und entschied sich gegen eine überschießende Umsetzung des UmRUG¹⁹ unter Einbeziehung der Personengesellschaften, obwohl die jüngste Reform des Personengesellschaftsrechts im Zuge des MoPeG²⁰ hinreichend Anlass zu einer Angleichung an die Mobilitätsoptionen der Kapitalgesellschaften geboten hätte.²¹

Die resultierende Abstinenz einer kodifizierten Verfahrensinfrastruktur zur grenzüberschreitenden Spaltung von Personengesellschaften steht in auffallenden Kontrast zu der primärrechtlich vermittelten Binnenmarktmobilität auf Grundlage der Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften.²² Die rechtsformneutral konzipierten Art. 49, 54 AEUV schließen weite Teile der europäischen Personengesellschaften in ihren persönlichen Schutzbereich ein²³ und wurden in den letzten zwei Jahrzehnten durch eine Reihe liberaler Leitentscheidungen²⁴ des EuGH zu einer „Magna Charta“²⁵ des europäischen Gesellschaftsrechts ausgebaut. Bei weitgehender Untätigkeit des europäischen Gesetzgebers konkretisierte dieser in *SEVIC*²⁶, *Cartesio*, *VALE*²⁷ und *Polbud*²⁸ die Auswirkungen der Niederlassungsfreiheit auf grenzüber-

Gesetzgebungsverfahren siehe *Lutter/Bayer/J. Schmidt*, Europäisches Unternehmens- und Kapitalmarktrecht, Rn. 22.1 ff.

¹⁵ Vgl. Art. 1, 2 Nr. 1 IntV-RL; aufgegangen in Art. 118, 119 Nr. 1 GesR-RL.

¹⁶ Vgl. Art. 86a, 86b Nr. 1, 160a, 160b Nr. 1 GesR-RL.

¹⁷ *Wachter*, GmbH-StB 2018, 317, 331; ähnlich *Bungert/Strothotte*, BB 2022, 1411; vgl. ferner *Priester*, DStR 2005, 788, 791, der die innerstaatliche Spaltung aufgrund ihrer Komplexität als „Filetstück“ des UmwG betitelt.

¹⁸ Zur rechtspolitischen Einordnung siehe S. 369 ff.

¹⁹ Gesetz zur Umsetzung der Umwandlungsrichtlinie und zur Änderung weiterer Gesetze v. 22. Februar 2023, BGBl. 2023 I, Nr. 51, S. 1 ff. (UmRUG). Zum Gesetzgebungsverfahren siehe *Heckschen/Knaier*, GmbHR 2023, 317 ff.; zum aktuellen Umsetzungsstand in den übrigen Mitgliedstaaten siehe *J. Schmidt*, BB 2023, 1859, 1866 ff.

²⁰ Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts v. 10. August 2021, BGBl. 2021 I, Nr. 53, S. 3436 ff. (MoPeG). Zum Gesetzgebungsverfahren siehe *Schäfer*, in: MHD B GesR I, § 1; *Schollmeyer*, in: Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, S. 29 ff.; vgl. ferner für eine rechtsvergleichende Einordnung *Fleischer*, in: Modernisierung des Personengesellschaftsrechts, S. 1, 9 ff.

²¹ Zur rechtspolitischen Einordnung siehe S. 386 ff.

²² Zur primärrechtlichen Gewährleistung grenzüberschreitender Spaltungen siehe S. 138 ff.

²³ Siehe hierzu S. 85 ff.

²⁴ Zur Rolle von Leitentscheidungen in der Rechtsfortbildung des Europäischen Gemeinschaftsrechts siehe *Hager*, Rechtsmethoden in Europa, S. 258 ff. m. w. N.

²⁵ *Lutter/Bayer/J. Schmidt*, Europäisches Unternehmens- und Kapitalmarktrecht, Rn. 4.1.

²⁶ EuGH – Rs. C-411/03 (SEVIC), ECLI:EU:C:2005:762.

²⁷ EuGH – Rs. C-378/10 (VALE), ECLI:EU:C:2012:440.